



Bremische Bürgerschaft

„Tag der Deutschen Einheit 2010“

in der Freien Hansestadt Bremen

**Programm für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
der Länder
am Deutschen Jugendparlament
in der Bremischen Bürgerschaft**

„Tag der Deutschen Einheit 2010“

Programm für die TeilnehmerInnen am Deutschen Jugendparlament

Freitag 1. Oktober 2010

bis 14.30 Uhr	Ankunft, Einchecken in der Jugendherberge (Kalkstraße 6, 28195 Bremen, Tel: 0421/1638255)
14.30 Uhr	Abholung durch Scouts in der Jugendherberge, Gang zum Haus der Bremischen Bürgerschaft (HdB, Am Markt 20, 28195 Bremen)
14:40 Uhr	Anmeldung und Auslosung der Arbeitsgruppen im Foyer (HdB)
15.00 Uhr	Begrüßung im Plenarsaal
15.30 Uhr	Kaffee und Kuchen (Mittelhalle, Raum 2)
16.00 Uhr	Arbeitsbeginn in den drei Gruppen (Mittelhalle) <ul style="list-style-type: none">• Bildung und Lernen mit Dr. Wolfgang Wildfeuer, Demokratisch Handeln (Raum 1),• Ausbildung und Arbeit mit Hans-Wolfram Stein, Demokratisch Handeln (Raum 3),• Integration und gesellschaftliche Werte mit Vincent Steinl, Schülervertretung Bildungswerk (Raum 4).
19.00 Uhr	Abendessen (Raum 2, Mittelhalle)
19.45 Uhr	Fortführung der Arbeitsgruppensitzungen einschließlich Wahlen (SprecherIn der Arbeitsgruppe, Präsidiumsmitglied, Redaktionsteam)
	Offenes Ende

Samstag, 2. Oktober 2010

ab 7.30 Uhr	Frühstück in der Jugendherberge
08.20 Uhr	Gang zum Haus der Bürgerschaft
08.30 Uhr	Meinungsaustausch zwischen den Gruppen und Rückmeldung zu den Zwischenständen der Diskussionen (Mittelhalle)
09.15 Uhr	Fortsetzung der Arbeitssitzungen (Räume 1, 3 und 4)
11.00 Uhr	Pause
11.30 Uhr	Erste Öffentliche Debatte im Plenarsaal: Vorstellung der Resolutionsentwürfe und Aussprache
13.20 Uhr	Mittagspause
14.00 Uhr	Zweite Öffentliche Debatte im Plenarsaal Einbringung von Änderungs-/ Ergänzungsanträgen, Schlussabstimmungen
15.00 Uhr	Übergabe der Resolutionen an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Herrn Christian Weber, und den Bundesratspräsidenten, Herrn Bürgermeister Jens Böhrnsen
15.15 Uhr	Pressekonferenz
ab 16.00 Uhr	Zeit zur freien Verfügung
18.00 Uhr	Empfang des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Herrn Christian Weber, für der Delegationen der Länder und die TeilnehmerInnen des Deutschen Jugendparlamentes, (Haus der Bremischen Bürgerschaft, Festsaal)
20.00 Uhr	Festveranstaltung und Feuerwerk „20 Jahre Deutsche Einheit“ auf der Großen Bühne Europahafen

Sonntag, 3. Oktober 2010

ab 7.30 Uhr	Frühstück in der Jugendherberge
8.40 Uhr	Abholung durch Scouts in der Jugendherberge
9.00 Uhr	Gang zur Sicherheitskontrolle am Dieter-Klink-Platz (Börsenhof A, Wachtstraße), Erhalt der Zugangsberechtigungen
	Gang zum St. Petri Dom (Sandstrasse 10, 28195 Bremen)

bis 9.30 Uhr	Einnehmen der Plätze im St. Petri Dom
10.00 Uhr	Ökumenischer Gottesdienst (Fernsehübertragung durch das ZDF)
11.00 Uhr	Bustransfer zur Bremen Arena (Gustav-Deetjen-Allee, 28215 Bremen)
11.30 Uhr	Einnehmen der Plätze in der Bremen Arena
12.00 Uhr	Festakt auf Einladung von Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem Präsidenten des Bundesrates, Herrn Jens Böhrnsen aus Anlass des Tages der Deutschen Einheit (Fernsehüber- tragung durch die ARD/Radio Bremen)
anschließend	Empfang des Bundespräsidenten, Herrn Christian Wulff, in der Bre- men Arena
ca. 15.00 Uhr	Ende des offiziellen Teils und Verabschiedung der TeilnehmerInnen des Deutschen Jugendparlaments

Hinweise:

- Für das Deutsche Jugendparlament gibt es keine Kleiderordnung. Bitte bedenken Sie, dass Sie auch am Gottesdienst und Festakt teilnehmen, die die Höhenpunkte der offiziellen Feierlichkeiten zum 20. Tag der Deutschen Einheit in Bremen bilden.
- Zum Deutschen Jugendparlament können Sie gerne Ihr privates Notebook mitbringen. Bitte lassen Sie sich im Haus der Bürgerschaft umgehend ein Computerticket für Ihren Internetzugang ausstellen.

Ausschuss 1: Ausbildung und Arbeit

Arbeit und Ausbildung sind als Kernbereiche der Gesellschafts- und Sozialpolitik Herausforderung für Politik und Gesellschaft in ganz Deutschland. Im Kontext der deutschen Einheit ist es eine besondere Aufgabe, die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern so zu fördern, dass gerade für Jugendliche attraktive Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse entstehen. Das hier bestehende Gefälle zwischen neuen und alten Bundesländern und die daraus resultierende Ungleichheit der Lebensverhältnisse ist einer der Gründe für die Abwanderung qualifizierter junger Menschen, die nach der Schule eine gute Ausbildung und nach dem Studium adäquate Wirkungsfelder suchen. Das Angebot an Ausbildungsstellen sank 2009 in den neuen um 15%, in den alten Bundesländern um 5%.

Im Ausbildungspakt der Bundesregierung steht: „Wirtschaft und Bundesregierung **verpflichten** sich gemeinsam und verbindlich, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern **allen** ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten.“ Seit Jahren liegt das bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Angebot an Lehrstellen deutlich unter der Zahl der von ihr als „Bewerber“ statistisch festgelegten Zahl von Interessenten für einen Ausbildungsplatz; 2009 um minus 15%. Während nicht einmal jeder 2. Bewerber in eine Berufsausbildung „einmündet“, werden viele mit Fördermaßnahmen, weiterem Schulbesuch, sozialen Diensten, häufig also mit „Warteschleifen“, mit Jobs ohne Ausbildung „versorgt“. Laut Bildungsbericht 2010 erreichte jeder dritte Jugendliche nach Schulzeitende keinen Ausbildungsplatz, 400.000 landeten im „Übergangssystem“.

Weiterhin wird einem großen Teil der Interessenten an Ausbildungsstellen die Ausbildungsreife und der Ausbildungswillen nicht zuerkannt. Vertreter der Wirtschaft sprechen hier von 20%-25% der Jugendlichen, die „Bild“ meldet: „Fast jeder zweite Schulabgänger gilt als `nicht ausbildungsreif` (3.3.2010). Gleichzeitig wird von Wirtschaft und Politik – auch angesichts der demografischen Entwicklung – ein „Fachkräftemangel“ beklagt: Die Einwanderung von jährlich 500.000 Menschen wird daher von Wissenschaftlern (Spiegel, 8.09.2010) und Politikern gefordert. Während deshalb verstärkte Einwanderung diskutiert wird, bleiben viele Jugendliche ohne Chance auf eine Ausbildung. Haben wir ein Zuzugs- und/oder ein Qualifizierungsdefizit? Auch die behauptete „fehlende Ausbildungsreife“ wird seit Jahren diskutiert, ohne dass eine Lösung sichtbar wird.

In dem Spannungsfeld zwischen der erhofften Angleichung innerdeutscher Arbeits- und Lebensrealitäten und der auseinanderklaffenden Schere zwischen den Bildungs- und Lebenschancen von unterprivilegierten Schichten, häufig mit Migrationshintergrund, zu den hochqualifizierten Absolventinnen und Absolventen liegen politische Aufgaben mit erheblicher gesellschaftlicher Sprengkraft, die zugleich ein zentrales Feld des deutschen Einigungsprozesses sind.

Hans-Wolfram Stein

Gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in „Ausbildung und Arbeit“

Ein Problemaufriss

Die bundesrepublikanische Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten – sieht man von einer hohen Sockelarbeitslosigkeit ab – auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gewaltig verändert:

- Die Arbeitslosigkeit ist zwar nach wie vor hoch, und die Zahl der Dauerarbeitslosen hat sich nur geringfügig verändert, gleichzeitig nimmt aber aufgrund der demografischen Entwicklung die Anzahl der Erwerbspersonen ab und wird in Zukunft noch weiter sinken.
- Der Arbeitsmarkt zeichnet sich durch eine Spaltung aus: Auf der einen Seite werden qualifizierte Fachkräfte gesucht, auf der anderen Seite können gering qualifizierte Arbeitskräfte nur schlecht vermittelt werden – viele bleiben arbeitslos.
- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben zugenommen: Zeitarbeit, Mini-Jobs, befristete Jobs, unbezahlte Praktika, Niedriglohnbeschäftigung. Von solchen prekären Arbeitsverhältnissen sind Frauen, Migranten und Niedrigqualifizierte besonders betroffen, aber auch für andere Arbeitnehmer ist die Schere zwischen „sicheren“ und „unsicheren“ Jobs größer geworden.
- Jobs, in denen man von der Ausbildung bis zur Rente bleibt, sind heute eher die Ausnahme. Der Wechsel aus Ausbildung, Fortbildung, Weiterbildung, Umschulung und beruflicher Veränderung hat sehr stark zugenommen und bestimmt die Zukunft der Arbeitswelt. Die Devise lautet: Lebenslanges Lernen!
- Übergänge in und aus dem Arbeitsmarkt müssen heute flexibler gestaltet werden. Das betrifft Fort- und Weiterbildungen, Umschulungen, Erziehungszeiten, aber auch den Eintritt in den Ruhestand. Während ein Teil frühzeitig in Rente geht (gehen muss), arbeiten andere auch nach dem offiziellen Eintrittsalter in den Ruhestand noch weiter.
- Wer morgen mitspielen will am Arbeitsmarkt, dem wird viel abverlangt. Er bzw. sie soll eigenverantwortlich *und* teamfähig, mobil *und* bindungsfähig, zuverlässig *und* flexibel, gut ausgebildet *und* lernfähig sein.
- Zukünftige Arbeitsplätze werden internationaler, weil viele Unternehmen und Betriebe global agieren. Das erfordert neue Fähigkeiten: Fremdsprachenkenntnisse, interkulturelle Kompetenzen, berufliche Mobilität außerhalb des eigenen Landes.
- Die Situation am Ausbildungsmarkt wird sich in den nächsten Jahren ändern: Unternehmen und Betriebe suchen aufgrund des Fachkräftemangels lernfähige Bewerberinnen und Bewerber. Das bietet neue Chancen. Auf der anderen Seite sind viele Ausbildungsplätze, vor allem im Handwerk und kleineren Betrieben, nach wie vor unattraktiv (geringfügige Bezahlung, standardisierte Ausbildung, wenige Anreize).
- Mädchen/junge Frauen verfügen heute im Durchschnitt über die besseren Schul- und Berufsabschlüsse – landen aber trotzdem in schlechtbezahlten Jobs in Frisiersalons, Supermarktkassen oder in der Pflege.
- Die Ausbildung für das Berufsleben fängt in der Schule an. Aber wie geht es weiter? Die Übergänge passen häufig nicht zusammen – die Ausbildung ist oft nicht aufeinander abgestimmt.

Für die Politik stellen sich vor dem Hintergrund dieser Probleme u.a. folgende Fragen:

- Wie kann man die Spaltung des Arbeitsmarktes überwinden und welche Steuerungsmöglichkeiten hat die Politik überhaupt (Gesetze, finanzielle Fördermöglichkeiten und Anreize)?

- Wie kann man dem Fachkräftemangel begegnen (Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive? Fachkräfte aus dem Ausland anwerben? Umschulungen staatlich bezuschussen?)?
- Sollen niedrig qualifizierte Arbeitskräfte und Arbeitslose weiterhin in einem zweiten (staatlich geförderten) Arbeitsmarkt beschäftigt werden und/oder sollen sie zu gemeinnütziger Arbeit (Bürgerarbeit, z.B. im Pflegebereich) herangezogen werden?
- Welche Auswirkungen hat die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen auf den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft?
- Wie kann die Politik das „lebenslange Lernen“ fördern und unterstützen?
- Wie können die Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung, zwischen Arbeit und Fortbildung, zwischen Arbeit und Ruhestand den heutigen Gegebenheiten und Bedürfnissen besser angepasst?
- Wie lässt sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben herstellen?
- Wie lassen sich individuelle Karriere- und Entwicklungspfade verbessern und wie können Mädchen/junge Frauen in Zukunft besser motiviert werden, sich in qualifizierten Berufen ausbilden zu lassen?
- Wie lassen sich Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern beseitigen (Bezahlung, Anerkennung/Wertschätzung)?
- Lässt sich das Risiko der (Alters-)Armut bei Teilzeiterwerbstätigkeit reduzieren?
- Wie lassen sich Menschen mit Migrationshintergrund besser in die deutsche Arbeitsgesellschaft integrieren? Welche Angebote werden benötigt, welche Maßnahmen können helfen?

André Holtrup (Institut für Arbeit und Wirtschaft an der Universität Bremen), Katja Barloschky (Geschäftsführerin der bremer arbeit gmbh), Lothar Probst (Universität Bremen)

Ausschuss 2: Bildung und Lernen

Mod. Dr. Wolfgang Wildfeuer, Experten: Dr. Wolfgang Beutel (Jena/ Dortmund) Dr. Jan Hofmann (Ludwigsfelde/Berlin)

Das Bildungswesen ist eine staatliche Domäne, das war so in der ehemaligen DDR und in der vormaligen „Bonner“ Bundesrepublik – und es ist auch heute so. Bildung, Lernen, Schule markieren eine öffentliche Kernaufgabe in der Demokratie. Dann aber ist es mit den Gemeinsamkeiten der „alten“ und der „neuen“ Bundesländer scheinbar schon vorbei. Das gegliederte Schulwesen des Westens scheint die staatliche Einheitsschule der DDR besiegt zu haben. An die Stelle zentraler Steuerung ist der Bildungsföderalismus von nunmehr 16 Ländern getreten. Die Schulsysteme der neuen Ländern adaptieren gegenwärtig nicht ohne Mühen das Abitur nach 12 Jahren, eine langsam wachsende Ganztagspädagogik und den staatlichen Ausbau frühkindlicher Betreuung, ja möglicherweise auch systematischen Lernens in der Elementarstufe von Kindergarten und Betreuungseinrichtungen. Hinzu kommt ein Erstarren der freien Schulen und die gemeinsamen Anstrengungen um die Steigerung der Lernleistungen im internationalen Vergleich in allen Schulen und Bundesländern durch Standardsetzung, Bildungsforschung, Evaluation und Schulentwicklung.

So scheint auf den ersten Blick doch vieles als positive Erfahrung der früheren DDR-Schule die Bildungsreform heute zu befruchten. Aber sind deshalb alle Blühtträume der politischen Wende vor allem in den fünf neuen Ländern gereift? Gibt es mehr Freiheit in der Bildung, sind die Lehrerinnen und Lehrer unabhängiger, pädagogisch kreativer, weiter weg von früher vorhandener Frontalbelehrung und rundum in der Demokratie und der damit verbundenen offenen Gesellschaft angekommen? Wie steht es um die politische Bildung jenseits indoktrinärer Staatserziehung? Wie sieht es aus mit Integration in der Schule einerseits, Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen andererseits?

Weiter Themen und Probleme liegen auf der Hand: Wie geht das deutsche Bildungswesen mit der unbestritten notwendigen Grundlagenreform um, die für das geforderte längere gemeinsame Lernen bei individualisierten Lernwegen nötig ist, wenn gleichzeitig gruppenbezogene Verlustängste solche Reformen sogleich wieder per Volksentscheid verhindern? Worum geht es eigentlich, wenn die Hauptschule erhalten werden soll? Weshalb vergleichen die Länderminister bei PISA-Auswertungen strukturell problembelastete städtische Ballungsräume mit eher homogenen Flächenländern, also Äpfel mit Birnen? Kann staatlich organisierte Bildung und Lernen etwas zur Milderung des Nord-Süd-Gefälles innerhalb der Bundesrepublik beitragen?

Und schließlich: Sind die deutsche Wiedervereinigung und die aus ihr resultierenden großen Gewinne und Chancen, aber auch die anhaltenden Lasten und noch zu bewältigenden Aufgaben überhaupt ein Thema beim Lernen in der Schule? (W. Beutel)

Ausschuss 3: Integration und gesellschaftliche Werte

Expert/innen: Frau Dr. Beatrice von Weizsäcker (Autorin), Frau Dr. Jana Wüstenhagen und Herr Dr. Jens Hüttmann (beide Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur)

Moderation: Vincent Steinl, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.

Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung entflammt in diesen Tagen eine neue aufgeregte Debatte zu Integration und gesellschaftlichen Werten. Anlass ist die Veröffentlichung eines Buches des ehemaligen Bundesbank-Vorstandsmitglieds Thilo Sarrazin mit dem provokanten Titel „Deutschland schafft sich ab“ – diskutiert wird Frage, wie viel und welche Einwanderung Deutschland gut tue. Politisch hoch umstritten und wissenschaftlich eigentlich widerlegt ist Sarrazins These, nach der genetische Dispositionen über Erfolg oder Misserfolg von Zuwanderung entscheiden. Und sie erschwert auch die gemeinsame Beantwortung der Frage, um die es eigentlich geht: **Wie wollen wir in diesem Land zusammen leben?** Dabei gilt es, zahlreiche Herausforderungen im Blick zu behalten – hier eine Auswahl:

1. Zusammenwachsen von Ost und West: Zwar hat die Wirtschaftsentwicklung im Osten stark aufgeholt, aber noch immer gibt es ein Ungleichgewicht. Stärker als die Fakten und Strukturdaten wird dies aber auf einer anderen Ebene deutlich: Nach einer jüngst veröffentlichten Umfrage fühlen sich lediglich ein Viertel der Ostdeutschen „als richtige Bundesbürger“.

2. Skepsis gegenüber Demokratie: Ebenso ist das Vertrauen in demokratische Institutionen wie Parteien oder Parlamenten und die Zufriedenheit mit der Demokratie in Ostdeutschland weniger ausgeprägt als im Westen – jedoch überwiegen auch dort die Skeptiker/innen. Jeder dritte Deutsche glaubt nicht mehr daran, dass die Demokratie die anstehenden Probleme noch lösen kann – in Ostdeutschland ist es sogar jeder zweite.

3. Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus: Ein Drittel der Befragten einer repräsentativen Studie stimmen ausländerfeindlichen Aussagen zu, fast jedem zehnten Deutschen bescheinigen Wissenschaftler/innen ein geschlossen rechtsextremes Weltbild. Auch antisemitische Vorurteile sind nach wie vor weit verbreitet: Knapp zehn Prozent hält den „jüdischen Einfluss“ für „zu groß“ und unterstellt Juden „üble Tricks“.

4. Demographische Entwicklung: Durch die höhere Lebenserwartung bei gleichzeitig rückläufiger Geburtenrate steigt der Anteil älterer gegenüber dem Anteil jüngerer Menschen. Die Folgen dieser Entwicklung wirken sich auf alle Bereiche der Gesellschaft aus – bspw. muss sich die Gesellschaft auf ansteigende Zahlen pflegebedürftiger oder auf sinkende Zahlen erwerbsfähiger Menschen darauf einstellen. Auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Lastenverteilung zwischen den Generationen wirft die demographische Entwicklung neue Fragen auf.

5. Schere zwischen Arm und Reich: Die Kluft zwischen Armen und Reichen wird größer, die Mittelschicht dazwischen schrumpft. Mehr als jeder Fünfte ist in Deutschland von Armut betroffen. Auch 2,4 Millionen Kinder sind von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Sie erfahren Ausgrenzung und müssen mit erheblichen Bildungsbenachteiligungen kämpfen.

6. Fragmentierung der Lebenswelten: Durch eine immer stärkere Bedeutung medienvermittelter Kommunikation, ein Anwachsen des Medienkonsums und eine stärkere Ausdifferenzierung der Gesellschaft in unterschiedliche Lebensstile bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust sinnstiftender und gemeinschaftsfördernder Einrichtungen wie den Kirchen, Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden entwickelt sich eine neue Art des Zusammenlebens – oder auch des Aneinandervorbeilebens.

7. Ökologische Bedrohungen: Auch global gibt es eine Reihe von Herausforderungen, die sich auf die Gesellschaft in Deutschland auswirken werden. Bspw. den Klimawandel, der nur durch eine radikale Reduktion der ausgestoßenen Treibhausgase abgemildert werden kann oder das zur Neige gehen der Ölvorräte (Peak oil) und anderer Ressourcen. ((V. Steinl)

Deutsches Jugendparlament

am 1. und 2. Oktober 2010 in der Bremischen Bürgerschaft